

*Sabine von Oppeln / Carina Sprungk*

## Europabilder im Widerstreit: Die deutsche und französische Debatte über den Verfassungsvertrag

### *Einleitung*

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages durch die französische und niederländische Bevölkerung hat Europa erschüttert. Die Staats- und Regierungschefs haben auf dem Gipfeltreffen in Brüssel am 16. und 17. Juni 2005 den Europäern eine Denkpause verordnet. Die Ratifizierung soll für die Dauer eines Jahres ausgesetzt werden. In dieser Zeit soll eine breite Debatte geführt werden, in der die Kritik der Bevölkerung an der europäischen Politik eine Berücksichtigung finden soll.

Auffallend ist, dass die massive Kritik an der europäischen Politik und die daraufhin folgende Propagierung einer großen Debatte kein neues Phänomen ist. Bereits mit den Referenden zum Maastrichter Vertrag wurde die kritische Haltung breiter Teile der Bevölkerungen gegenüber der europäischen Politik deutlich. Deshalb sollte der Verfassungsgebungsprozess nicht nur der Bearbeitung der so genannten left-overs der Regierungskonferenzen von Amsterdam und Nizza dienen, sondern darüber hinaus in eine breite Europadebatte münden. Im Kern ging es dabei jedoch nicht um eine offene Grundsatzdebatte über die Finalität sowie über die politischen Ziele und Strategien, sondern vielmehr um die Förderung der Akzeptanz für das dominante Modell europäischer Politik. Im Mittelpunkt dieses Prozesses stand das Konventverfahren, das als Modell deliberativer Demokratie die Einbeziehung der Zivilgesellschaft versprach. Letztlich wurde der Konvent jedoch von den Regierungen dominiert, wozu insbesondere die deutsche und französische Regierung beigetragen haben. Somit ist es kein Zufall, dass der Verfassungsvertrag nicht in jedem Fall reibungslos ratifiziert wurde und die Kritik der Bevölkerung an der europäischen Politik erneut und in zugespitzter Form aufgebrochen ist. Die Debatte über die Ratifizierung des Verfassungsvertrages wurde zum Ventil für eine über Jahre aufgestaute und immer wieder versprochene Grundsatzdiskussion.

Dies gilt nicht nur für Länder, die wie Frankreich und die Niederlande ein Referendum durchgeführt haben, sondern auch für jene, in denen dem Verfassungsvertrag – wie in Deutschland – auf parlamentarischem Weg vermeintlich reibungslos zugestimmt wurde. So hat sich in Deutschland rund um das französische Verfassungsreferendum die Zahl der Gegner nahezu verdreifacht<sup>1</sup>. Bemerkenswert ist da-

1 Vgl. Umfragen von Infratest-Dimap, wonach die Zahl der Gegner von 15% in der Zeit vom 4.-6. Mai 2005, über 32% zwischen dem 25. und 29. Mai 2005 auf 44% am 14. und 15. Juni 2005 gestiegen ist.

bei, dass die Zahl der Gegner mit der zunehmenden Kenntnis der Verfassung angestiegen ist<sup>2</sup>. Dies zeigt, dass die europapolitische Auseinandersetzung in Frankreich offen ausgetragen wurde, während sie in Deutschland in der Folge des traditionellen europapolitischen Konsenses der Parteien unterdrückt wurde. Interessant ist überdies, dass zu Beginn der Auseinandersetzungen in den Bevölkerungen beiderseits des Rheines die Gegner in der Minderheit waren<sup>3</sup>.

Um so wichtiger ist es, den Verlauf der Verfassungsdebatte in beiden Ländern in den Blick zu nehmen. Dabei zeigt sich, dass diese Debatte ein Kristallisationspunkt für eine generelle, über den eigentlichen Text der Verfassung weit hinausreichende Auseinandersetzung über die Zielsetzungen und Strategien europäischer Politik war. Im Mittelpunkt standen weniger die konkreten Bestimmungen des Verfassungsvertrages als vielmehr die Frage: Welches Europa wollen wir? Besonders hervorzuheben sind dabei vier Themenkreise, die in unterschiedlicher Form in die Argumentationen für oder gegen die Verfassung einfließen: die eher die Binnenstrukturen der Union betreffenden Fragen nach der demokratischen Legitimität und der sozialen Dimension europäischer Politik sowie die für das Außenverhältnis wichtigen Aspekte der Grenzen der Union und der Rolle der EU als internationaler Akteur.

Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel des folgenden Beitrages, die Europabilder zu analysieren, die sich im Blick auf die genannten Problemfelder in der französischen und deutschen Debatte herauskristallisiert haben. Darüber hinaus soll die Bedeutung dieser Bilder für die Befürwortung oder Ablehnung des Verfassungsvertrages bewertet werden. Zu unterscheiden ist dabei zwischen den Einstellungen der Bevölkerungen einerseits und dem Diskurs der politischen Eliten andererseits. In der Konklusion werden schließlich Rückschlüsse auf die Responsivität der Eliten im europapolitischen Dialog mit der Bevölkerung gezogen und die Konsequenzen der Debatte für die deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa thematisiert.

### *Die Binnenperspektive europäischer Politik*

Im Blick auf die *demokratische Legitimation europäischer Politik* ging es unter Bezug auf das viel debattierte »Demokratiedefizit« der EU in weitestem Sinne um die Frage, welchen Beitrag der Verfassungsvertrag zu einer stärkeren demokratischen Legitimation europäischer Politik leistet. Wichtigste Bezugspunkte waren dabei einerseits der Grad der Beteiligung der Bevölkerung und andererseits die Beteiligung der nationalen Parlamente und/oder des Europäischen Parlaments. Anhand dieser

2 Vgl. Umfrage von Infratest-Dimap, wonach zwischen dem 4./6. Mai 2005 und dem 25./29. Mai 2005 die Zahl derer, die sich aufgrund fehlender Informationen nicht positionieren können von 26% auf 16% gesunken ist, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Gegner um 17% gestiegen ist.

3 Vgl. Eurobarometer Special Survey 62.1, The future Constitutional Treaty, January 2005, pdf, S.15; Gemäß dieser Umfrage sprachen sich im November 2004 54% der Deutschen und 48% der Franzosen und 49% der Europäer insgesamt für den Verfassungsvertrag aus. Die Zahl der Gegner betrug in Deutschland und Frankreich 17%.

Gesichtspunkte lassen sich zwei verschiedene Diskussionsstränge unterscheiden, die sich jeweils auf verschiedene Phasen des Verfassungsgebungsprozesses beziehen.

Zum einen war die *Ratifizierungsmethode* des Verfassungsvertrages Teil der Debatte um die demokratische Legitimation europäischer Politik. Gefragt wurde hierbei insbesondere, inwieweit die jeweilige Art der Ratifizierung (Referendum oder Parlamentsabstimmung) angesichts der weit reichenden Bedeutung der inhaltlichen Bestimmungen des Verfassungsvertrages gerechtfertigt werden kann. Dieses Problem spaltete jedoch vor allem die deutschen Befürworter und Gegner des Verfassungsvertrages, während die Ratifizierung per Referendum in Frankreich über alle politischen Lager hinweg als demokratische Entscheidung befürwortet wurde. In Deutschland sprach sich eine große Mehrheit von annähernd 80% der Bevölkerung für die Durchführung eines Volksentscheides zur EU-Verfassung aus<sup>4</sup>. Im Diskurs der politischen Eliten wurde dieses Thema jedoch nur von wenigen Bundestagsabgeordneten (Gauweiler/CSU, Löttsch/PDS, Pau/PDS und Hohmann/fraktionslos) und der Fraktion der FDP aufgegriffen. Die Befürworter eines Volksentscheides hoben dabei hervor, dass der spezifische Charakter des Vertrages und die damit verbundenen weit reichenden rechtlichen und politischen Implikationen auch einer besonderen Form der demokratischen Legitimierung bedürfen. Dennoch hat sich diese Frage kaum auf das Abstimmungsverhalten im Bundestag ausgewirkt. Die FDP-Fraktion hat trotz der Kritik an der parlamentarischen Ratifizierung geschlossen für die Annahme des Verfassungsvertrages gestimmt. Auch diejenigen Parlamentarier, die der Annahme des Vertrages nicht zugestimmt hatten, haben – mit Ausnahme des Abgeordneten Gauweiler – nicht nur die Ratifizierungsmethode, sondern auch spezielle Inhalte des Verfassungsvertrages kritisiert (wie z.B. den mangelnden Gottesbezug oder die sozioökonomische Dimension).

Der zweite Diskussionsstrang betraf die Folgen der Verabschiedung des Verfassungsvertrages für die *künftige demokratische Legitimität* europäischer Politik. Zur Diskussion stand die Frage, inwiefern der Bevölkerung bzw. den Parlamenten auf Grundlage des Verfassungsvertrages größere Beteiligungsrechte eingeräumt werden. Diesbezüglich befürworteten vor allem die Regierungskoalitionen beiderseits des Rheines den Verfassungsvertrag als Garant eines »demokratischeren« Europas. Sowohl die Anhänger der UMP/UDF in Frankreich als auch der rot-grünen Koalition in Deutschland hoben immer wieder die im Verfassungsvertrag vorgesehene Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente, die Ausweitung der Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments, die Einbindung der Zivilgesellschaft und die Möglichkeit des Bürgerbegehrens hervor<sup>5</sup>. Auf deutscher Seite hat darüber hinaus – abgesehen von der PDS – auch die parlamentarische Opposition die positiven Folgen des Verfassungsvertrages für die demokratische Legitimation europäischer Politik hervorgehoben<sup>6</sup>. Insgesamt wurden in beiden Ländern auch von sonst kritischen

4 Vgl. eine FORSA-Umfrage im Auftrag des Nachrichtenmagazins Stern im Juli 2004.

5 Vgl. insbesondere die Debatte in der französischen Assemblée Nationale vom 05.04.2005 und die Debatte im Bundestag vom 12.05.2005.

6 Vgl. z.B. Interview mit Wolfgang Schäuble (CDU) in *DeutschlandRadio Kultur* vom 11.05.2005.

Stimmen die dem Vertrag innewohnenden Demokratisierungstendenzen europäischer Politik begrüßt<sup>7</sup>.

Wichtige Unterschiede zeigten sich in der Argumentation der Gegner des Verfassungsvertrages beiderseits des Rheines. Während auf französischer Seite die demokratische Legitimation in der Kritik am Verfassungsvertrag eine untergeordnete Rolle spielte, stand in Deutschland eindeutig das mangelnde demokratische Element im Zentrum der Kritik. Hierin spiegelt sich nicht zuletzt die Tatsache, dass sich die deutsche Bevölkerung in großer Mehrheit über die mangelnde Legitimität europäischer Politik beklagt<sup>8</sup>, während die französische Bevölkerung sich mehrheitlich mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU zufrieden zeigt<sup>9</sup>. Dreh- und Angelpunkt des deutschen Elitendiskurses war die vermeintliche Aushöhlung der Kompetenzen des Bundestages sowie der Landesparlamente. Abgesehen davon, dass sich in dieser Kritik die Spezifika des föderalen Systems der Bundesrepublik und des partizipatorischen Demokratiemodells widerspiegeln, zeichnet sich hier eine Tendenz zur Re-Nationalisierung ab. Diese ist eng mit der Vorstellung verbunden, dass die demokratische Legitimation von Politik jenseits des Nationalstaates nicht zu gewährleisten ist. Insgesamt zeigt sich hier eine Kontinuität der bereits in der Maastricht-Debatte vertretenen Europabilder. Wie in der aktuellen Verfassungsdebatte wurde auch zu Beginn der 90er Jahre eine Stärkung der Rechte des Bundestages und der Länderparlamente<sup>10</sup> gefordert. Aufgrund von Zweifeln an der demokratischen Legitimation des Maastrichter Vertrages wurde das Bundesverfassungsgericht angerufen, welches mit seinem Urteil<sup>11</sup> schon damals den Forderungen der Kritiker entsprochen hatte.

Auf französischer Seite ist gegenüber der Auseinandersetzung um den Maastrichter Vertrag insofern eine Diskontinuität festzustellen, als die damals relevante Frage des »Demokratiedefizits« der EU in der Debatte um den Verfassungsvertrag so gut wie keine Rolle mehr gespielt hat. In der Diskussion um den Maastrichter Vertrag war es gerade die als unzureichend empfundene demokratische Legitimation, die zum Aufbrechen des bis dato »permissive consensus« führte. Dies zeigte sich im Rückgang der Zustimmung zur Mitgliedschaft Frankreichs in der EU, in der Entstehung neuer politischer Bewegungen und in dem Wahlerfolg euroskeptischer Parteien bei der Europawahl 1994. Im Gegensatz dazu ist die Ablehnung des Verfassungsvertrages nicht mit einer generellen Kritik an der Mitgliedschaft in der EU verbunden. Der Ausgang des französischen Referendums ist nicht als ein Sieg der europafeindlichen Kräfte im rechtsextremen und souveränistischen Lager zu interpretieren. Nur 19,5% der »Nein-Sager« haben sich diesem Lager zugeordnet, wäh-

7 Vgl. z.B. *Le Monde*, 14.05.2005.

8 Vgl. Forsa/Stern Nr. 24/2005, S.27 wonach 83% die Meinung vertreten, dass in Brüssel zu viele Entscheidungen über die Köpfe der Bürger hinweg getroffen werden.

9 Vgl. Eurobarometer 62, National Report France, S.41.

10 Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass maßgeblicher Initiator einer Forderung nach stärkeren Mitwirkungsrechten der Bundesrat war, und der Bundestag erst in Folge dessen eine ähnliche Forderung stellte.

11 Vgl. BverfGE 89,155.

rend sich 49% von ihnen mit den Parteien der parlamentarischen Linken und der Grünen identifizierten. Ebenso sprachen sich unmittelbar nach dem Referendum 72% der Franzosen für eine Fortsetzung der europäischen Integration aus<sup>12</sup>. Die Tatsache, dass einerseits die Zahl der Gegner im Vergleich zum Referendum über den Maastrichter Vertrag noch angestiegen ist und andererseits die Relevanz des Demokratiethemas in der Debatte nachgelassen hat, zeigt, dass die auch schon zu Beginn der 90er Jahre hoch umstrittene Frage des *sozialen Europa* nun insbesondere in Frankreich in den Fokus der Kritik geraten ist.

Obwohl auch die deutsche Bevölkerung den sozioökonomischen Fragestellungen europäischer Politik die oberste Priorität einräumt<sup>13</sup>, spielte dieses Thema im Diskurs der deutschen Eliten nur eine untergeordnete Rolle. So wurde die Kritik am unzureichenden sozialen Charakter des Verfassungsvertrages fast ausschließlich von der PDS vertreten. Alle anderen deutschen Parteien befürworteten den Verfassungsvertrag als Garant eines sozialen Europas. Im Unterschied zu Frankreich stand nicht die Kritik des neoliberalen Charakters des Verfassungsvertrages zur Debatte, sondern seine Übereinstimmung mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft.

Im Unterschied zu Deutschland stellte die Frage des sozialen Europa links des Rheines den Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung dar. Eine Verschärfung erfuhr die Debatte durch den Streit über die »Bolkestein-Richtlinie« zur Einführung der Dienstleistungsfreiheit auf dem europäischen Markt, die als direkte Bedrohung des französischen Modells der Daseinsvorsorge aufgefasst wurde. Für das Votum der französischen Bevölkerung war die soziale Dimension europäischer Politik entscheidend. Die Unzufriedenheit mit der aktuellen sozialen und ökonomischen Situation stand an erster und die Kritik am liberalen Charakter der Verfassung an zweiter Stelle der Motive, die die »Nein-Sager« für ihr Votum angaben<sup>14</sup>. Darüber hinaus hat eine breite Mehrheit der aktiv Beschäftigten den Verfassungsvertrag abgelehnt, wobei auch die Mittelklasse stärker als noch bei der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht in die Front der »Nein-Sager« einbezogen war. Zudem haben vorwiegend Beschäftigte mit niedrigem Einkommen gegen das Projekt der europäischen Verfassung gestimmt, während die Befürworter hauptsächlich den höheren Einkommensgruppen angehörten.<sup>15</sup> Allein Rentner und Studierende haben sich mehrheitlich für den Verfassungsvertrag ausgesprochen<sup>16</sup>.

12 Vgl. Ipsos-Umfrage vom 29.5. 2005.

13 Vgl. Eurobarometer 62, National Report Deutschland, S. 15, wonach mehr als Hälfte der Deutschen (56%) mit der Europäischen Union mit ökonomischer Instabilität verbindet und S. 7, wonach 75% die hohe Arbeitslosigkeit für das wichtigste Problem halten.

14 Vgl. ebd., wonach die Unzufriedenheit mit der aktuellen sozialen und ökonomischen Situation in Frankreich mit 52% und die Kritik am liberalen Charakter der Verfassung mit 40% an erster und zweiter Stelle der Motive der »Nein-Sager« standen.

15 Vgl. Ipsos-Umfrage vom 29.5.2005.

16 Vgl. ebd.

Im Diskurs der Eliten haben sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verfassungsvertrages auf die Frage der sozialen Dimension europäischer Politik bezogen. Dabei ging es weniger um Konzepte zur Gestaltung eines sozialen Europas als um die Frage inwiefern der Verfassungsvertrag eine Verstärkung der sozialen Dimension europäischer Politik fördert oder behindert. Die Befürworter rekurrierten dabei in erster Linie auf die Festschreibung sozialer Grundrechte und auf die Berücksichtigung sozialer Anliegen bei der Bestimmung der Zielsetzungen europäischer Politik. Die Gegner kritisierten dagegen die Verankerung der Prinzipien der offenen Marktkonkurrenz und der Priorität der Preisstabilität sowie die Klauseln, die die unabhängige und dominante Rolle der EZB garantieren und einer politischen Regulierung ökonomischer und sozialer Prozesse enge Grenzen setzen. Während die einen in unterschiedlichen Akzentuierungen den Verfassungsvertrag als Grundlage für eine Verstärkung der sozialen Dimension europäischer Politik verteidigten, warnten die anderen vor einer Festschreibung eines »ultra-liberalen« Politikmodells. Hierdurch würden sowohl die Probleme der Massenarbeitslosigkeit als auch die sozialen Disparitäten eine weitere Zuspitzung erfahren<sup>17</sup>. Insgesamt lässt sich in der Diskussion weder ein eindeutiges Bild bezüglich eines alternativen Wirtschafts- und Sozialmodells noch über die Organisation sozialpolitischer Kompetenzen im europäischen Mehrebenensystem ausmachen. Offen bleibt, ob die europäische Ebene den nationalen Wohlfahrtsstaaten ergänzen oder ersetzen soll.

Angesichts der Bedeutung und des Gewichts der sozialen Fragestellungen auf französischer Seite standen die Befürworter diesbezüglich unter einem weitaus stärkeren Begründungszwang als die deutschen Politiker. Bemerkenswert ist dabei, dass allein die Vertreter der französischen Regierungsparteien ohne Einschränkungen den Verfassungsvertrag als Grundlage eines sozialen Europa lobten. Auf Seiten der Opposition wurde dagegen auf den sozialen Nachbesserungsbedarf europäischer Politik verwiesen, wozu der Verfassungsvertrag nicht mehr als einen wichtigen Ausgangspunkt darstellen würde.

Die Tatsache, dass beide Länder mit parallelen ökonomischen und sozialen Herausforderungen konfrontiert sind und die Bevölkerungen beider Länder diesen Fragen gleichermaßen einen hohen Stellenwert einräumen, zeigt nicht zuletzt, dass der Diskurs der politischen Eliten weniger von den realen Handlungsanforderungen als von den Konzepten geprägt ist, die in den politischen Kulturen beider Länder verankert sind: eines souveränen, die sozialen und ökonomischen Prozesse gestaltenden Staates in Frankreich, und eines liberalen Staats- und Wirtschaftsmodells in Deutschland. Hierin zeigt sich, dass es bezüglich der Gestaltung des sozialen Europa auch im deutsch-französischen Kontext noch einiger Klärung bedarf, wobei insbesondere die unterschiedlichen zugrunde liegenden Staatsmodelle ein Hindernis darstellen könnten.

17 Vgl. u.a. Attac, »Constitution« européenne Ils se sont dit oui, Attac leur répond, Mille et Une Nuits, 2005, S. 49ff; Arnaud Lechevalier / Gilbert Wasserman, *La Constitution européenne. Dix clés pour comprendre, La Découverte*, Paris 2005, S.81ff.

### *Die Außenperspektive europäischer Politik*

Im Blick auf die Außenperspektive europäischer Politik ist die Verfassungsdebatte in erster Linie durch die Frage nach den *Grenzen Europas* beeinflusst worden. Schon allein die Tatsache, dass die Notwendigkeit einer institutionellen Reform mit der Erweiterung begründet wurde, hat hierzu beigetragen. Ein besonderes Gewicht erlangte die Erweiterungsfrage jedoch vor allem durch die parallel zur Verfassungsdiskussion aufgebrochene Debatte über den EU-Beitritt der Türkei. Eine Verknüpfung beider Debatten war unvermeidlich, wenngleich sich die Befürworter des Verfassungsvertrages auf beiden Seiten bemühten, beide Auseinandersetzungen voneinander zu trennen. Staatspräsident Chirac hat eigens zu diesem Zweck ein Referendum über den EU-Beitritt der Türkei festgeschrieben. Im Unterschied zur Diskussion über die soziale Dimension europäischer Politik ist jedoch der Frage der Erweiterung und insbesondere dem Thema des EU-Beitritts der Türkei nur ein vermittelter Einfluss auf das Votum für oder gegen den Verfassungsvertrag zuzuschreiben. So habe sich sowohl Vertreter der Befürworter als auch der Gegner des Verfassungsvertrages gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen und generell zurückhaltend gegenüber weiteren Erweiterungsrunden der EU gezeigt.

Auch in der Diskussion über die Erweiterung der EU und speziell über den EU-Beitritt der Türkei gilt es zwischen den Einstellungen der Bevölkerung und dem Diskurs der Eliten zu unterscheiden. Beiderseits des Rheines zeigt die Bevölkerung eine große Skepsis gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei. Dabei ist die Kritik in Frankreich noch stärker ausgeprägt als in Deutschland. In Frankreich schwankte die Zahl der Gegner eines EU-Beitritts der Türkei zwischen 56%<sup>18</sup> im Jahre 2002 und 67%<sup>19</sup> im Jahre 2004. In Deutschland deuteten die Umfragen zunächst auf eine relativ stark ausgeprägte Unentschlossenheit<sup>20</sup>. Im Zeitverlauf und mit der Annäherung der Entscheidung über die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen ist die Zahl der Kritiker jedoch bis zum November 2004 ebenfalls auf 55% angestiegen<sup>21</sup>.

Die Zurückhaltung der Bevölkerung basiert sowohl links als auch rechts des Rheines in erster Linie auf den Sorgen vor den ökonomischen und sozialen Folgen weiterer Erweiterungsrunden. So geht die Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei einher mit einer extrem kritischen Haltung gegenüber einer weiteren Erweiterung der EU generell. Frankreich und Deutschland gehören zu jener Gruppe von Mitgliedstaaten, die diesbezüglich am kritischsten sind, wobei die Kritik in Deutschland noch stärker ausgeprägt ist als in Frankreich. Gepaart ist die Ablehnung einer weiteren Erweiterung der EU mit der Sorge vor einer Verlagerung von Arbeitsplät-

18 Vgl. Ipsos-Umfrage, in: *Le Figaro*, 10.12.2002 und Ipsos-Umfrage, in: *Le Figaro*, 28.9.2004.

19 Vgl. Ifop-Umfrage, 25.11.-3.12.2004, in: *Le Figaro*, 13.12.2004.

20 Vgl. auch *Die Welt*, 24.2.04, »Große Schwankungen«, zitiert wird eine TNS Emnid-Umfrage, nach der sich 56 % der Deutschen gegen und 40% für einen EU-Beitritt der Türkei aussprachen sowie eine TNS Infratest –Umfrage, in der 54% Befürworter eines mittel- bis langfristigen Beitritts der Türkei und nur 37% Gegner eines EU-Beitritts der Türkei ermittelt wurden.

21 Vgl. Ifop-Umfrage, 25.11.-3.12.2004, in: *Le Figaro*, 13.12.2004.

zen in EU-Länder mit geringeren Lohnkosten. Diese Sorge wird in Deutschland von 85% und in Frankreich von 86% der Befragten zum Ausdruck gebracht<sup>22</sup>. Ebenso sind es in erster Linie Arbeitslose, Arbeiter, kleine Angestellte und Rentner, also jene Gruppen, die von der schwierigen wirtschaftlichen Lage am stärksten betroffen sind, die einer weiteren Erweiterung der Union mehrheitlich ablehnend gegenüber stehen<sup>23</sup>. Bezeichnend ist außerdem, dass die Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei unmittelbar hinter der Unzufriedenheit mit der sozialen und ökonomischen Situation, der Kritik am neoliberalen Charakter des Verfassungsvertrages und der Überzeugung, dass die Verfassung neu verhandelt werden kann, an vierter Stelle der Motive der französischen »Nein-Sager« steht.

Das Votum der politischen Eliten für oder gegen einen EU-Beitritt der Türkei ist dagegen eine politische Entscheidung, die mittel- und langfristig neben eher kurzfristig wirkenden politisch-taktischen Kosten-Nutzenkalkülen vor allem von den Vorstellungen über die zukünftige Gestalt und die Grenzen der EU bestimmt wird. Diese Vorstellungen über die zukünftige Gestalt der EU kommen im Diskurs der politischen Eliten über einen EU-Beitritt der Türkei eher implizit als explizit zum Ausdruck Ausgangspunkt dieser Europabilder ist der links wie rechts des Rheines festzustellende breite Konsens über das Ziel einer politischen Union. Das Modell der Freihandelszone spielt damit allenfalls als Negativfolie eine Rolle und wird als solches von den Gegnern weiterer Erweiterungen instrumentalisiert. Über die Ausgestaltung der politischen Union gibt es jedoch in beiden Ländern zunehmende Auseinandersetzungen, in denen sich unterschiedliche Grundvorstellungen europäischer Zusammenarbeit widerspiegeln. Insgesamt lassen sich fünf verschiedene Europabilder unterscheiden, die in unterschiedlicher Intensität die Debatte in beiden Ländern beeinflussen.<sup>24</sup>

Dabei handelt es sich zum einen um das Bild einer *post-modernen Union*, das sich allein auf deutscher Seite in der Argumentation der Vertreter der rot-grünen Koalition ausmachen lässt, die sowohl dem EU-Beitritt der Türkei als auch dem Verfassungsvertrag positiv gegenüber stehen. Das post-moderne Europabild hebt sich von den traditionellen Europakonzepten insofern ab, als es nicht vom Leitbild der modernen Staatlichkeit geprägt ist. Vertreter dieses in seinen Details noch keineswegs ausgereifen, sondern in der Entwicklung befindlichen Europabildes betonen, dass die EU ein »weiches Institutionengefüge« und »weiche Außengrenzen« benötige, um die interne Vielfalt und die wechselnden politischen Herausforderungen in pragmatischer Weise bewältigen zu können<sup>25</sup>. Nicht eine gemeinsame Identität, sondern gemeinsame politische Zielsetzungen und Werte, bei gleichzeitigem Fortbestehen multipler Identitäten, kennzeichnen das Selbstverständnis dieser Union. Die innere Struktur ist funktional bestimmt, durch die Verbindung von supranationalen und intergouverne-

22 Vgl. ebd.

23 Vgl. ebd. Für die deutsche Seite liegen leider keine Vergleichsdaten vor.

24 Vgl. dazu im Detail Sabine von Oppeln, »Die Debatte über den EU-Beitritt der Türkei in Deutschland und Frankreich, in: *Leviathan* 3/2005, S. 391–411.

25 Vgl. Dan Diner, »Ein müßiger Wunsch. Für einen EU-Beitritt der Türkei« in: Claus Leggewie (Hg.), *Die Türkei und Europa*; Frankfurt a.M. 2004, S. 171f.

mentalenen Entscheidungsstrukturen gekennzeichnet und muss immer wieder pragmatisch an die politischen Gegebenheiten und Herausforderungen des europäischen Regierens angepasst werden. Die Grenzen Europas sind in diesem Europabild nicht a priori festgelegt und entziehen sich einer klaren kulturell, geographisch oder historisch begründeten Bestimmung. Die pro- oder contra-Haltung gegenüber einer Aufnahme der Türkei oder weiterer Länder hängt zum einen von der Erfüllung der der Zusammenarbeit zugrunde gelegten demokratischen Werte und Regeln (*acquis communautaire*) durch die Beitrittsländer ab. Zum anderen sind die Zielsetzungen und Strategien europäischer Politik entscheidend: Diese müssen nach den grundlegenden Veränderungen im Zuge des Endes der Nachkriegsordnung gemeinsam neu definiert werden. Die Vertreter dieses postmodernen Europabildes führen als wichtigstes Argument für den EU-Beitritt der Türkei die Brückenfunktion des Landes zu der sicherheitspolitisch relevanten Regionen des Nahen und Mittleren Ostens an.

Zu diesem post-modernen Europabild gesellen sich vier weitere Bilder, die sich aus einer Kombination der beiden traditionellen, am Modell moderner Staatlichkeit orientierten Integrationskonzepte der Föderation und der Konföderation einerseits und unterschiedlich konnotierten Politikverständnissen andererseits ergeben. Hierbei handelt es sich einerseits um ein kulturalistisch geprägtes Politikverständnis, das in der Begrenzung Europas auf das christliche Abendland bzw. auf den karolingisch-christlichen Kern Europas zum Ausdruck kommt. Andererseits geht es um ein republikanisch-universalistisch angelegtes Politikverständnis, das eine Öffnung gegenüber all jenen erlaubt, die sich den politischen Werten und Regeln der Europäischen Union verpflichten.

Im einzelnen ergibt sich daraus erstens das Bild einer *christlich-karolingischen Föderation*, das sowohl von Befürwortern als auch Kritikern des Verfassungsvertrages vertreten wird. Dabei handelt es sich in Frankreich in erster Linie um die Vertreter der UDF sowie um die Kritiker des Verfassungsprojektes in der PS. In Deutschland finden sich die Vertreter dieses Bildes vor allem in der CDU. Die Identität der Union wird in dieser Vision durch gemeinsame politische und kulturelle Werte bestimmt. Die innere Struktur der Union ist vorwiegend supranational geprägt. Zugleich warnen die Vertreter dieses Europabildes vor einer Überdehnung der Union und einer dadurch ausgelösten Gefährdung des internen Machtgleichgewichts und der Handlungsfähigkeit der Union. Die Grenzen Europas werden politisch und erst in zweiter Linie kulturell bestimmt. Der EU-Beitritt der Türkei wird in der Perspektive dieses Europabildes – ebenso wie weitere Erweiterungen der EU abgelehnt: Dabei wird die politisch-pragmatisch begründete Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei (Überdehnung) mit den Argumenten der politisch und kulturell nicht gegebenen Passfähigkeit der Türkei verstärkt. Als Alternative zum EU-Beitritt werden der Türkei Konzepte der privilegierten Partnerschaft angeboten. Zweitens lässt sich das Bild einer *christlich-karolingischen Konföderation* ausmachen, dass in Frankreich ebenso im Lager der verfassungsfreundlichen UMP (Nicolas Sarkozy, Alain Juppé) wie im Lager der verfassungskritischen souveränistischen Rechten und der Rechtsextremen vertreten wird, soweit diese sich nicht gänzlich gegen jegliche Form europäischer Zusammenarbeit stellen. In Deutschland lässt sich dieses Bild

insbesondere in Kreisen der verfassungskritischen CSU (u.a. Peter Gauweiler) finden. In der Perspektive der christlich-karolingischen Konföderation werden gemeinsame kulturelle und politische Werte als Grundlage der vorwiegend intergouvernemental geprägten Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten propagiert. Die Grenzen Europas werden in diesem Fall in erster Linie kulturell bestimmt. Der EU-Beitritt der Türkei führt aus der Sicht der Vertreter dieses Europabildes insbesondere aufgrund der kulturellen Andersartigkeit des Landes zu einer Auflösung des europäischen Projektes. Drittens lässt sich in Frankreich vornehmlich in den Argumentationen der Grünen, die im Votum gegenüber der Verfassung eher gespalten sind, und in den verfassungsfreundlichen Teilen der PS (u.a. François Hollande) das Bild einer *republikanischen Föderation* erkennen. Die Identität Europas bestimmt sich in dieser Vision ausschließlich über gemeinsame politische (republikanische) Werte. Die innere Struktur der Union ist vorwiegend supranational geprägt. Zur Bewältigung der Herausforderungen des erweiterten Europas werden institutionelle Reformen und Modelle der differenzierten Integration (z.B. Kerneuropa) angestrebt. Die Grenzen Europas werden von den Vertretern dieses Europabildes ausschließlich politisch definiert und in expliziter Abwehr der kulturell begründeten Argumentationen wird ein EU-Beitritt der Türkei ausdrücklich befürwortet. Schließlich lässt sich viertens das Bild einer *republikanischen Konföderation* erkennen, das ähnlich wie das Bild einer republikanischen Föderation nur in Frankreich vertreten ist, aber auch dort zunehmend in eine Minderheitenposition gerät. So wird das Bild der republikanischen Konföderation nur noch von einer Minderheit in der verfassungsfreundlichen UMP (u.a. von Staatspräsident Jacques Chirac) vertreten sowie von der verfassungsfeindlichen jakobinistischen Linken (PCF, MCR, Jean-Pierre Chevènement). Gemeinsame politische Werte und Zielsetzungen gelten als Grundlage der intergouvernementalen Zusammenarbeit. Die Grenzen der Union werden politisch definiert. Im Sinne der Stärke und Größe Europas und aus dem Bestreben heraus, den internationalen Einfluss der Union und ihrer Mitgliedstaaten zu stärken, wird der EU-Beitritt der Türkei befürwortet. Ähnlich wie die Vertreter der republikanischen Föderation werden auch von den Vertretern dieses Europabildes institutionelle Reformen als unabdingbare Voraussetzung des Erweiterungsprozesses eingefordert. Dies ist bereits in der kurzen Debatte nach dem Scheitern des Verfassungsprojektes deutlich geworden.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass in unterschiedlichen Akzentuierungen in beiden Ländern das Bild einer politischen Union fest verankert ist, womit der Vertiefung der Union ein hoher Stellenwert eingeräumt und einer Erweiterung eher mit Misstrauen begegnet wird. Zweitens dominieren in der Vielfalt der vertretenen Europabilder jene traditionellen, am Konzept der modernen Staatlichkeit orientierten Bilder, die im Kontext des begrenzten westeuropäischen Integrationsprozesses entwickelt wurden und generell eine eher kritische Haltung zur Erweiterung der Union begründen. Abgesehen von dem insbesondere in Deutschland auftretenden, aber auch noch in der Entwicklung befindlichen post-modernen Europabild, kann die überwiegend kritische Haltung gegenüber weiteren Erweiterungsrunden als Ergebnis des schwierigen Abschiedes von den lieb gewonnenen Leitbildern des auf den

westeuropäischen Rahmen begrenzten Integrationsprozesses interpretiert werden. Drittens ist auf eine zunehmende Verbreitung kulturalistisch bestimmter Argumentationen zu verweisen, die sich in der insbesondere auch in Frankreich zu konstatierenden neuen Karriere des rückwärts gewandten Leitbildes eines christlich-karolingischen Europa widerspiegelt. Generell zeigt die Verbreitung des kulturalistischen Politikverständnisses Identitätsverluste und diffuse Überfremdungsängste, die von den Globalisierungsprozessen ebenso begünstigt werden wie neue Fragmentierungen und Abgrenzungen. Darüber hinaus ist das Vordringen des kulturalistischen Politikverständnisses links des Rheines ein Ergebnis der Krise des republikanischen Politikmodells<sup>26</sup>, die mit dem Souveränitätsverlust des französischen Staates einhergeht. Nicht zuletzt kann die verbreitete kulturalistisch-essentialistische Kritik gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei als Ausdruck der Ungewissheit über die Zukunft des europäischen Projektes und als Versuch der Selbstvergewisserung mittels der Abgrenzung gegenüber Dritten interpretiert werden. So verwundert es nicht, dass die Voten gegen eine Aufnahme der Türkei und für noch größere Zurückhaltung gegenüber einer Erweiterung generell nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages sprunghaft in allen politischen Lagern zugenommen haben. Schließlich wurden durch diese nicht nur in Deutschland, sondern zunehmend auch von den französischen Eliten geführten kulturalistischen Diskurse die Überfremdungsängste verstärkt, die in der Bevölkerung bereits vorhanden waren. Diese haben sich verbunden mit den Unsicherheiten bezüglich der ökonomischen und sozialen Problemlagen und zu einer Festigung der ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei geführt, die von den Gegnern des Verfassungsvertrages instrumentalisiert werden konnten.

Einen eher geringen Einfluss auf die Auseinandersetzung über den Verfassungsvertrag hatte dagegen die Frage nach der Rolle der EU als *internationaler Akteur*. Im Unterschied zu den vorgenannten Themenfeldern gibt es diesbezüglich sowohl in Frankreich als auch in Deutschland einen breiten Konsens in der Bevölkerung. 69% der Franzosen<sup>27</sup> und 80% der Deutschen<sup>28</sup> befürworten die Gemeinsame Außenpolitik. Einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik stimmen 81% der Franzosen<sup>29</sup> und 87% der Deutschen<sup>30</sup> zu. Ebenso ist eine beträchtliche Annäherung der Einstellungen gegenüber der amerikanischen Politik festzustellen. So meinen 85% der Franzosen<sup>31</sup> und sogar 90% der befragten Deutschen<sup>32</sup>, dass die europäische Politik gegenüber der amerikanischen Außenpolitik autonom sein muss. Dem breiten Bevölkerungskonsens entsprechend, spielte die Frage der EU als internationaler

26 Vgl. Gilbert Zieburg, »Nationalstaat, Nationalismus, supranationale Integration: der Fall Frankreich« in: ders., *Frankreich: Geschichte, Gesellschaft, Politik. Ausgewählte Aufsätze*, Opladen, 2003, S.229ff.

27 Vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S.35.

28 Vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report Germany, S.29.

29 Vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S.35.

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report Germany S.30.

Akteur auch im Diskurs der Eliten über den Verfassungsvertrag nur eine eher untergeordnete Rolle. In Frankreich bezogen sich sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verfassungsvertrages auf die notwendige Stärkung der EU als internationaler Akteur. Pate gestanden hat dabei das Konzept »Europe puissance«, dass nicht zuletzt der Kompensation des Einflussverlustes des französischen Nationalstaates dienen soll. Geprägt ist dieses Modell von einem realistischen Politikansatz. Politische Einflussnahme und militärische Stärke gelten als Grundlagen der Unabhängigkeit und des Einflusses der EU im Mächtekonzert der neuen multipolaren Welt<sup>33</sup>. Eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sind deshalb zentrale Anliegen. In der Debatte über den Verfassungsvertrag wurde das Modell »Europe puissance« an sich nicht zur Disposition gestellt. Die Geister schieden sich allein an der Frage, ob der Vertrag Grundlagen für eine Verbesserung der GASP und insbesondere der ESVP enthält oder nicht und ob die festgeschriebene Einbindung der europäischen Verteidigungskapazitäten in die Strukturen der NATO mit dem Ziel europäischer Unabhängigkeit zu vereinbaren sei<sup>34</sup>. Nur eine kleine Minderheit im linksextremen Lager kritisierte die aus ihrer Sicht machtpolitische Orientierung und eine zunehmende Militarisierung europäischer Politik<sup>35</sup>.

Auf deutscher Seite lassen sich generell größere Differenzierungen und Unsicherheiten bezüglich der Konzeptualisierung der internationalen Rolle der EU feststellen, was in erster Linie auf die historischen Erfahrungen zurückzuführen ist. Einen breiten Zuspruch findet in allen politischen Lagern das Zivilmächtskonzept, das von einem liberalen Politikansatz getragen ist. Im Mittelpunkt des Konzepts steht nicht die staatliche Macht, sondern eine Vielfalt von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, die über neue Formen des »guten Regierens« (Governance) in den Politikprozess einbezogen werden sollen. Die Präferenz liegt in der politischer Konfliktregulierung und der Verregelung der internationalen Zusammenarbeit. Insgesamt trägt das Zivilmächtskonzept den neuen Herausforderungen einer verstärkten internationalen Rolle der EU ebenso Rechnung wie der durch historische Erfahrungen tief verankerten Sorge der Deutschen vor einer überzogenen Machtpolitik und militärischer Einflussnahme. Zugleich lassen sich aber insbesondere seit dem Ende der 90er Jahre Anzeichen dafür finden, dass das französische Konzept »Europe puissance« auch in der deutschen Politik zunehmend Anklang findet<sup>36</sup>. Die Fra-

33 Vgl. Jacques Chirac, »La France dans un monde multipolaire« in: *Politique Étrangère*, 20/1999 4, S.803-812, hier S. 804; Hubert Védrine, »Le monde au tournant du siècle« in: ebd., S.813-820.

34 Vgl. u.a. Attac, »Constitution« européenne, aaO. (FN 17), S.122ff und; Arnaud Lechevalier / Gilbert Wasserman, La Constitution européenne, aaO. (FN 17), S. 101ff.

35 Vgl. *Ligue Communiste Révolutionnaire*, *Leur europe et la nôtre* par Roseline Vachetta et Alain Krivine, 3.11.2004, [http://lcr18.lautre.net/breve.php3?id\\_breve=277](http://lcr18.lautre.net/breve.php3?id_breve=277) (17.4.2005).

36 Vgl. u.a. Die Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor der französischen Nationalversammlung, in der er sich explizit den Begriff »Europe puissance« zu eigen gemacht hat, <http://sicherheitspolitik.bundeswehr.de/1/16.php> sowie Wolfgang Schäuble, »Die Europäische Union voranbringen« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.1.2005.

ge, ob die politischen Eliten dem Zivilmächtskonzept treu bleiben oder sich zunehmend den Strategien realistischer Machtpolitik annähern, wurde seit dem deutsch-französischen Schulterschluss angesichts des Irak-Krieges erneut kontrovers diskutiert<sup>37</sup>. Nicht zuletzt spiegeln sich die historischen Erfahrungen und die Traditionen der Friedensbewegung im Konzept Europas als »pazifistische Macht« wider, das in Deutschland noch stärker als in Frankreich von linksextremen (u.a. in der PDS) und außerparlamentarisch agierenden Gruppierungen vertreten wird. Im Unterschied zum Zivilmächtskonzept schließt dieses Modell die Anwendung militärischer Mittel und jede Form machtpolitischer Einflussnahme grundsätzlich aus. Die Vertreter dieses Konzeptes lehnen auch in Deutschland den Verfassungsvertrag als Ausdruck einer überzogenen Machtpolitik und einer Militarisierung europäischer Politik ab. Abgesehen von dieser Minderheitenposition haben die feststellbaren Differenzierungen in den Konzepten zur internationalen Rolle der EU jedoch keinen Niederschlag in einem kontroversen Diskurs der Eliten gefunden. Im Unterschied zur französischen Debatte wurde der übergreifende Konsens über eine Stärkung der EU in ihrer Rolle als internationaler Akteur ausschließlich als ein den Verfassungsvertrag stützendes Argument genutzt.

### Konklusion

Insgesamt lässt sich festhalten, dass im Mittelpunkt der Debatte über den Verfassungsvertrag die Fragen nach der Struktur und Funktionsweise der Union sowie nach den Zielsetzungen und Strategien europäischer Politik standen. Im Vergleich zur Debatte über den Vertrag von Maastricht zur Schaffung der Europäischen Union lässt sich jedoch feststellen, dass die geäußerte Kritik an der europäischen Politik nicht mit einer grundsätzlich ablehnenden Haltung gegenüber dem europäischen Integrationsprozess einher geht. Zugleich spielten erneut und in zugespitzter Form Fragestellungen eine Rolle, die bereits vor mehr als 10 Jahren auf der Agenda europapolitischer Auseinandersetzungen standen. Hierin zeigt sich eine mangelnde Responsivität der europäischen Eliten. Offensichtlich wurden – trotz der schon mehrfach angekündigten großen Debatte – bisher keine zufriedenstellenden Politikansätze entwickelt. Dies gilt in besonderem Maße für die Gestaltung des Binnenraumes der Union. Im Mittelpunkt der Kritik am Verfassungsvertrag standen die Frage nach dem sozialen und ökonomischen Projekt sowie dessen demokratischer Fundierung. Die Außenperspektive europäischer Politik, die seit Abschluss des Maastrichter Vertrages im Mittelpunkt politischer Aktivitäten stand, spielte dagegen

37 Vgl. u.a. Werner Link, »Kooperative Balancepolitik. Deutsch-französische Zusammenarbeit als Kern europäischer Außen- und Sicherheitspolitik« in: [http://www.kas.de/db\\_files/dokumente/die\\_politische\\_meinung/7\\_dokument\\_dok\\_pdf\\_4258\\_1.pdf](http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_4258_1.pdf) (16.6.2005); Gunther Hellmann, »Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik« in: *Welttrends* April 42/2004, Hanns W. Maull, »Die deutsche Außenpolitik auf der Suche nach neuen Orientierungen«, May 2004, Working Paper No 9-04, Working Paper Series [http://georgetown.edu/sts/cges/working\\_papers.html](http://georgetown.edu/sts/cges/working_papers.html) (16.6.2005).

eine eher untergeordnete Rolle. Eine Ausnahme bildet dabei der Streit über die Erweiterung der Union, der durch die Türkei-Debatte eine besondere Brisanz erhielt. Letztlich wurde aber auch diese Frage vor allem unter dem Blickwinkel der nach wie vor ungelösten inneren Problemlagen diskutiert. Die Sorge vor einer institutionellen Handlungsunfähigkeit und die Ängste vor einem weiteren Arbeitsplatzverlust sind wesentliche Bestimmungsfaktoren für die Zurückhaltung gegenüber weiteren Erweiterungen der Union. Unterstützend wirken dabei kulturalistisch geprägte Argumentationsmuster, die zunehmend auch in Frankreich Verbreitung finden.

Die mangelnde Problemlösungsfähigkeit und fehlende Responsivität der Eliten hat sich erneut in der aktuellen Debatte widergespiegelt. Beim Vergleich des Bevölkerungsvotums mit den Elitendiskursen in Deutschland und Frankreich fällt auf, dass die Sorgen und Ängste der Bevölkerungen in den Diskursen der Eliten nur eine begrenzte Rolle spielen. Aufgegriffen werden diese Sorgen vornehmlich dann, wenn sie – wie im Fall der Auseinandersetzungen über den EU-Beitritt der Türkei – im Sinne anderer politischer Zielsetzungen und Positionen instrumentalisiert werden können. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Kritik in der französischen Bevölkerung erst im Zuge der Referendumskampagne der französischen politischen Eliten gewachsen ist. Diese haben jedoch in dieser Auseinandersetzung die Ängste und Forderungen der Bevölkerung weitgehend für eine Europadebatte instrumentalisiert, die über den zur Abstimmung vorliegenden Text hinausreichte, letztlich jedoch nicht vom europapolitischen Gestaltungswillen, sondern von den Interessen und Spielregeln interner machtpolitischer Auseinandersetzungen geprägt war. Hier auf verweist nicht zuletzt die Tatsache, dass der aufgeblähte Elan des europapolitischen Diskurses in Frankreich unmittelbar nach dem Referendum in sich zusammengefallen und dem tagespolitischen Kleinkampf der französischen »politique politicienne« gewichen ist. Die Gefahr ist groß, dass auf diese Weise das europapolitische Vertrauenskapital, das trotz aller Kritik am Verfassungsvertrag in der französischen Bevölkerung gegeben ist, endgültig verspielt wird. Auf deutscher Seite fanden hingegen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung aufgrund der fehlenden Bereitschaft der Eliten zu einem europapolitischen Disput zunächst kein Ventil. Erst mit dem sich abzeichnenden Nein anderer Völker ist auch in Deutschland die Zahl der Kritiker sprunghaft angestiegen. Hierin lassen sich Spuren eines transnationalen Meinungsbildungsprozesses erkennen.

Schließlich zeigt der Diskurs der Eliten eine hohe Konfusion und eine geringe Vereinbarkeit der Europabilder, was Zweifel an der europapolitischen Gestaltungsfähigkeit des deutsch-französischen Tandems begründen kann. Die vertretenen Europabilder lassen sich weder nach Ländern noch nach Parteifamilien unterscheiden. Sowohl innerhalb der Länder als auch innerhalb der transnationalen Parteifamilien und insbesondere in Frankreich sogar innerhalb der Parteien lassen sich im Blick auf die europapolitischen Grundvorstellungen vielfache Spaltungen feststellen. Dies kann als Zeichen der Virulenz und des diffusen Charakters der europapolitischen Debatte gewertet werden, was auf eine gewisse Ratlosigkeit der Eliten deuten könnte. Trotz aller Konfusion lässt sich jedoch in einigen Punkten nach

wie vor die Prägekraft politisch-kultureller Muster feststellen. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Spezifika des jeweils verankerten Staatsmodells.

So lehnen die französischen Eliten ein Europa ab, dass die regulierende Funktion des Staates nicht erfüllen kann oder will. Demgegenüber sind für die deutschen Eliten soziale Prinzipien mit einem liberalen Politikmodell vereinbar. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass das soziale Europa im Mittelpunkt des Diskurses der französischen Eliten steht, während die deutschen Eliten vornehmlich die Demokratie in Europa thematisieren. Hierin spiegelt sich insbesondere die Sorge um den Bestand des föderalen Staatsaufbaus und den Kompetenzverlust der Gliedstaaten. Schließlich lässt sich allein in der deutschen Europadebatte ein post-modernes Europabild ausmachen, während sich die französischen Eliten nach wie vor an jenen Europabildern orientieren, die von dem traditionellen Konzept moderner Staatlichkeit geprägt sind. Hierin zeigt sich die zentrale Bedeutung des Souveränitätskonzeptes im französischen Verständnis der Staats-Nation, während im deutschen Kontext Staatlichkeit nicht unabdingbar an eine unteilbare nationale Souveränität gebunden ist.

Vor dem Hintergrund der deutschen und französischen Verfassungsdebatte erscheint das Kerneuropa-Konzept, das gerade nach dem Scheitern des Verfassungsgebungsprozesses erneut diskutiert wird, eher anachronistisch. Gerade in der Verfassungsdebatte ist deutlich geworden, dass die europapolitischen Konzepte der Deutschen und der Franzosen nicht nur in höchstem Maße konfus, sondern darüber hinaus auch im gesamteuropäischen Kontext als solche nicht tragfähig sind. Schon alleine deshalb ist der im Kerneuropa-Konzept enthaltene deutsch-französische Führungsanspruch nicht mehr aufrecht zu erhalten. Vielmehr wäre eine Öffnung des deutsch-französischen Tandems gegenüber den europäischen Partnern für eine über den westeuropäischen Kontext hinausreichende neue Debatte zur Gestaltung des neuen Europa erforderlich. In dieser Debatte darf es nicht allein um die bloße Formulierung von allgemeinen Zielsetzungen und um institutionelle Reformen gehen. Darüber hinaus müssten Konzepte materieller Politikgestaltung zur Lösung jener Problemlagen entwickelt werden, die seit der Einrichtung des Binnenmarktes und der europäischen Währungsunion das Misstrauen der Bevölkerungen gegenüber der Politik in Europa nähren und dazu beitragen können, dass Europa an inneren Widersprüchen zerbricht. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Frage des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells. Schließlich kann diese Debatte nicht allein durch die europäischen Eliten gelenkt werden. Vielmehr müssen die zentralen Fragen europäischer Politikgestaltung im Rahmen eines durch intermediäre Institutionen zu vermittelnden transnationalen Meinungsbildungsprozess geklärt werden. Im Kern geht es um eine Politisierung der Europadiskussion, für die Parteien und Verbände eine hohe Bringschuld haben!

### *Zusammenfassung*

Die Autoren argumentieren, dass sich in der deutsch-französischen Debatte über den EU-Verfassungsvertrag jeweils sehr unterschiedliche Vorstellungen über die

Gestalt und die Gestaltungsfähigkeit der EU herauskristallisieren. Unterschiede zeigen sich aber auch bei der Analyse der Verfassungsdebatte *innerhalb* der beiden Länder in Bezug auf die Bevölkerungsmeinung einerseits und den Diskurs der politischen Eliten andererseits. Aufgrund dieser Differenzen ist eine Neubewertung der deutsch-französischen Kooperation und der Gestaltungskraft des deutsch-französischen Tandems in Europa von zentraler Bedeutung. Der Artikel schließt mit der These, dass diese Neubewertung im Rahmen einer Politisierung der Diskussion um Europa geschehen muss, die für die Gestaltung des erweiterten Europas unerlässlich ist.

### *Summary*

The authors argue that the Franco-German debate on the EU Constitutional Treaty shows most prominently that conceptions about both the European polity and European politics differ significantly between the two countries. Moreover, cleavages can also be observed *within* France and Germany regarding the public opinion, on the one hand, and the discourse of political elites, on the other hand. These differences lead to the fact that both the cooperation and the hitherto leading role of Germany and France within the EU have to be re-defined. The authors conclude that this re-definition has to occur in the context of a politicization of European politics, which is crucial for the future of the enlarged European Union.